

Antrag

der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Volker Beck (Köln), Monika Lazar, Jerzy Montag, Claudia Roth (Augsburg), Irmingard Schewe-Gerigk, Silke Stokar von Neuforn, Hans-Christian Ströbele, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Parlament bei der Ausgestaltung des Einbürgerungstests beteiligen

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
keine Verordnung zur Durchführung der Einbürgerungstests (§ 10 Abs. 1 Nr. 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes) ohne vorherige Billigung durch den Deutschen Bundestag zu erlassen.

Berlin, den 18. Juni 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Begründung

Durch den vorliegenden Antrag soll sichergestellt werden, dass im integrationspolitisch wichtigen Bereich des Einbürgerungsrechts eine solch weitreichende Verordnung nicht ohne die Beteiligung des Deutschen Bundestages verabschiedet wird.

Ausländerinnen und Ausländer, die Deutsche werden wollen, müssen ab 1. September 2008 einen bundeseinheitlichen Einbürgerungstest bestehen. Anknüpfungspunkt ist der im vergangenen Jahr neu eingeführte § 10 Abs. 1 Nr. 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes. Hier werden bei der Anspruchseinbürgerung Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland verlangt.

Hierzu hat das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Berliner Humboldt-Universität im Auftrag des Bundesministeriums des Innern 310 Fragen aus den Bereichen „Politik in der Demokratie“, „Geschichte und Verantwortung“ und „Mensch und Gesellschaft“ entwickelt, aus denen für die Tests jeweils 33 Fragen ausgewählt werden. Bestanden hat, wer mehr als die Hälfte der Fragen richtig beantwortet. Der 25 Euro teure Test ist beliebig wiederholbar. Der Fragenkatalog wird erst in den nächsten Wochen endgültig vorliegen und soll per Verordnung ohne Beratung im Bundestag in Kraft gesetzt werden. Die Pläne von Bundesminister Wolfgang Schäuble (CDU) für einen

bundesweiten Einbürgerungstest stehen selbst innerhalb der Regierungskoalition in der Kritik. Der Vorsitzende des Innenausschuss des Deutschen Bundestages, Sebastian Edathy (SPD), wird in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. Juni 2008 zitiert, es sei unangemessen, dass „eine so wichtige Frage am Parlament vorbei entschieden werden soll“. Über die Prüfung müsse in der Koalition „im Einvernehmen entschieden werden“. Auch der schleswig-holsteinische SPD-Vorsitzende Ralf Stegner verlangte, das Thema nochmals in der Koalition zu besprechen. „Man sollte sich möglichst parteiübergreifend auf ein Verfahren verständigen.“ (Süddeutsche Zeitung, 12. Juni 2008). Auch an den in der vergangenen Woche bekannt gewordenen Beispielfragen entzündet sich Kritik. Insbesondere das Niveau des Tests wird von Abgeordneten der Koalition kritisiert, da auf bildungsfernere Einbürgerungsbewerber keine Rücksicht genommen wird. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, Fritz-Rudolf Körper, kündigte seinerseits an, dass seine Bundestagsfraktion die Tests genau prüfen wolle. „Wenn die Tests vorliegen, werden wir sie uns genau anschauen“, sagte er der „Berliner Zeitung“ vom 12. Juni 2008.